

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 11

PDF erstellt am: **16.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bricht uns im Spiegel des Städtebaus die Eigenart der Völker in tausend bunte Stücke auseinander, so mögen wir uns hüten, weder das Neben- und Auseinander zu einem Gegeneinander umzumünzen, noch alles zu flacher widernatürlicher Gleichheit zusammenzuschweißen. Schätzen wir den Gewinn an Einsicht in fremde Wesenheit und bewahren uns dabei die unsere, denn so will es der Geist: daß das Viele sei, das in ihm nur zur Einheit sich bündelt.

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

### Schweizerisches Rußlandgeschäft. / Geld für Oesterreich?

Von einer schweizerischen Außenpolitik gegenüber Sowjetrußland zu reden, ging bis heute kaum an. Politik verfolgt bestimmte Ziele, sei es durch Handeln, sei es durch passives Verharren. Die bisherige schweizerische Haltung gegenüber Sowjetrußland war durch das Fehlen jeglicher Zielsetzung gekennzeichnet. Die bürgerliche Schweiz wollte von dem kommunistischen Rußland nichts wissen und hat es daher ganz einfach außer Acht gelassen.

Gefühlsmomente waren zur Hauptsache für dieses Verhalten entscheidend. Zunächst kam darin ein ehrlich gemeinter, aber mit der Zeit etwas unbeholfener Protest gegenüber dem Terror der kommunistischen Revolution im allgemeinen und der Mißachtung der Rechte unserer Bürger in Rußland im besonderen zum Ausdruck. Zurückhaltung gegenüber Sowjetrußland war schließlich auch aus politischen Erwägungen geboten, solange ein baldiger Sturz der neuen Machthaber und eine Wiederkehr der früheren Verhältnisse im Bereiche des Möglichen lag. Mit den 15 Jahren, die seit dem Umsturz in Rußland verfloßen, sind jedoch diese Hoffnungen geschwunden. Gewiß sind Wandlungen in Rußland auch heute nicht ausgeschlossen; sie werden uns aber nie mehr die früheren Verhältnisse zurückbringen, da die Träger jenes Zeitabschnittes längst ausgerottet oder alt geworden sind und ein neues, unter veränderten Verhältnissen herangewachsenes Geschlecht an ihre Stelle getreten ist.

Mit dem erwähnten Proteste verband sich sodann eine nicht unbeträchtliche und recht spießbürgerliche Angst vor kommunistischen Umtrieben in unserem eigenen Lande. Man fürchtete, eine offizielle sowjetrussische Vertretung in der Schweiz möchte der hiesigen kommunistischen Partei unerwünschte Unterstützungen leisten. Durch die Nichtanerkennung Sowjetrußlands glaubte man die rote Gefahr besser zu bannen. Das war echte Vogel-Strauß-Politik. Man übersah, daß die hiesigen Kommunisten eine offizielle sowjetrussische Vertretung zur Unterstützung ihrer Propaganda wahrlich nicht nötig hatten. Russisches Geld und russische Schriften fanden auch ohne sie den Weg in die Schweiz. Das war bei der grundsätzlichen Duldung, die in der liberalen Schweiz allen politischen Gedanken, auch dem Marxismus gegenüber geübt wurde, auch kein Wunder. Gleichzeitig hat eine allzu individualistische Wirtschaftspolitik des schweizerischen Bürgertums der marxistischen Propaganda selbst den besten Nährboden bereitet. Man führte das Wort Solidarität zwar immer im Munde, wagte es aber nicht, die grundsätzliche Verantwortung der einzelnen Wirtschaftler gegenüber dem Volke auch rechtlich zu begründen.

Währenddem die politischen Behörden der Schweiz und beinahe die ganze bürgerliche Presse in dieser ablehnenden Pose verharrten, haben Handel und In-

dustrie in der Stille neue Beziehungen zu Rußland aufgenommen. Die Einfuhr russischer Waren nach der Schweiz erreichte einen Wert von 12,8 Millionen Franken im Jahre 1931 und 14 Millionen im Jahre 1932, die Ausfuhr schweizerischer Produkte nach Rußland zur selben Zeit den Betrag von 19,6 bzw. 11,1 Millionen Franken. (Wir entnehmen diese Angaben der oben erschienenen Vorlage des Stadtrates von Zürich betreffend die Übernahme von Ausfallbürgschaften im Rußlandgeschäft; in andern Publikationen werden höhere Beträge genannt: Einfuhr 1931: 27,8, Ausfuhr nach Rußland 19,6 Millionen, vergl. „N. Z. Z.“, Nr. 2430/1932.) Im Verhältnis zur gesamten Einfuhr Sowietrußlands ist der schweizerische Anteil höchst bescheiden. So war die Schweiz im ersten Halbjahre 1932 an der russischen Einfuhr von Maschinen im Werte von 600 Millionen Franken lediglich mit 7 Millionen beteiligt. Eine Steigerung des schweizerischen Einfuhranteiles erscheint angesichts des ungeheuren Warenhungers in Rußland als durchaus möglich. Das aber ist im Hinblick auf die ständige Schrumpfung der schweizerischen Ausfuhr von 2104 Millionen Franken im Jahre 1929 auf 801 Millionen Franken im Jahre 1932 für unser Land von höchster Bedeutung. Die Erschließung neuer Absatzgebiete ist für die schweizerische Industrie eine Lebensfrage.

Dem Wunsche nach einem Ausbau des „Russengeschäftes“ erwuchs jedoch in den Zahlungsbedingungen der russischen Käufer ein schier unüberwindliches Hindernis. Die russische Einfuhr an Maschinen, die für die schweizerische Industrie von besonderer Bedeutung ist, dient vorzüglich dem Aufbau eines neuen russischen Produktionsapparates. Die Einfuhrprodukte finden somit in Anlagen Verwendung, die nicht sofort Erträgnisse abwerfen. Da es Rußland selbst an dem nötigen Kapital mangelt, um die Neuanlagen während ihrer ertragslosen Zeit zu finanzieren, ist es auf die Kredite seiner Lieferanten angewiesen. Rußland zahlt daher nicht bar, sondern in Wechseln mit einer Laufzeit von 1½ bis 2 Jahren. Diese Papiere können von den Lieferanten mit Rücksicht auf die Ungewißheit der russischen Lage und die lange Laufzeit nicht wie andere Wechsel bei den Banken versilbert werden. Das Russengeschäft kam auf dieser Grundlage daher nur für ganz wenige Firmen in Frage, die über die notwendigen finanziellen Mittel verfügten, um die Kosten ihrer Produkte selbst decken und bis zu zwei Jahren auf den Eingang der längst verausgabten Summen warten zu können. Eine Wiederbelebung der Produktion durch das Russengeschäft schien unter diesem Umstand für die Schweiz wie für andere Länder ausgeschlossen.

Einen Ausweg bot allein die Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch einen im Ausfuhrlande ansässigen, habhaften Bürgen. Privatpersonen und Banken hatten zur Übernahme solch riskanter, auf Millionenbeträge lautender Bürgschaftsverpflichtungen keine Lust. Da jedoch der Staat an der Wiederbelebung der industriellen Produktion ein wesentliches Interesse hatte, entschlossen sich zunächst das deutsche Reich und die deutschen Länder zur Übernahme solcher Ausfallbürgschaften und zwar in ganz gewaltigem Ausmaße. Dadurch wurden die langfristigen Russenwechsel bankfähig, und auch finanziell schwächeren Unternehmen wurde die Ausfuhr nach Rußland wiederum möglich. Deutschland hat sich auf diesem Wege den größten Teil des russischen Marktes erobert. Es hat im Jahre 1930 für 567 Mill. RM., 1931 für 919 Mill. RM. und 1932 für ungefähr 400 Mill. RM. russische Bestellungen ausgeführt. Verluste sind aus diesen sicherlich riskanten Geschäften bis heute nicht entstanden, zumal die Russen sich in jüngster Zeit bemüht haben, ihre Bestellungen mit entsprechenden Lieferungen zu kompensieren, was allerdings eine fühlbare Beschränkung der russischen Einfuhr notwendig machte.

Anderer Staaten sind seither dem deutschen Beispiel gefolgt. Auch in der Schweiz wurden in jüngster Zeit unter dem Drucke der Krise Versuche unternommen, die Behörden zur Übernahme ähnlicher Garantien zu bewegen. Im Oktober 1932 ist der Verband schweizerischer Maschinenindustrieller beim eidgenössischen

Volkswirtschaftsdepartement in diesem Sinne vorstellig geworden. Dieser Vorstoß blieb zunächst ohne Erfolg. Die kommunistisch-sozialistischen Unruhen in Genf hatten eben die eingangs erwähnte gefühlsmäßig begründete ablehnende Haltung gegenüber Sowjetrußland wieder gestärkt. 5

Mit dem Jahreswechsel ist jedoch auch in der Haltung unserer politischen Behörden eine Wandlung eingetreten. Angesichts der stets wachsenden Zahl der Arbeitslosen und der offensichtlichen Notlage unserer Exportindustrie ließ sich die bisherige Stellung nicht mehr aufrecht erhalten. Die ersten Versuche, die Finanzierung des Russengeschäftes durch Staatsgarantien an die Hand zu nehmen, erfolgten durch kantonale und kommunale Behörden. Der Stadtrat von Zürich ersucht zur Zeit um die Ermächtigung, Ausfallsbürgschaften in der Höhe von 21½ Millionen Franken übernehmen zu dürfen. Diese städtische Bürgschaft soll jeweils 20 % der betreffenden Lieferungssumme sicherstellen. Weitere 20 % sollen vom Kanton garantiert werden, während das Risiko für die verbleibenden 60 % von den Fabrikanten selbst getragen wird. Durch diese Maßnahmen wird beispielsweise die Kugellagerfabrik Derlikon in die Lage versetzt werden, Lieferungen an Rußland im Werte von 1 Mill. Franken auszuführen, die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 250 auf den Normalstand von 550 zu erhöhen und gleichzeitig die Arbeitszeit wieder von 35 auf 48 Stunden auszudehnen. Durch die vermehrten Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem einzigen Betriebe können Fr. 360,000.— an Arbeitslosenunterstützungen durch Bund, Kanton und Gemeinde eingespart werden. Die von Kanton und Gemeinde zu übernehmende 40 %ige Ausfallsbürgschaft kostet sie im schlimmsten Falle Fr. 400,000.—. Bedenkt man, daß die Leistung der Ausfallsbürgschaft nach den bisherigen Erfahrungen anderer Länder kaum praktisch wird und zieht man ferner die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit und die dem Staate mit Sicherheit daraus erwachsenden Kosten in Betracht, so darf die Übernahme dieser Garantie wohl mit Recht als angebracht erachtet, ja sogar als ein gutes Geschäft bezeichnet werden.

Einen anderen Versuch unternahm jüngst die Gemeinde Biel, indem die Lieferung von Uhren gegen Bezug russischer Kohlen durch die Kohlenhändler der Gemeinde angestrebt wurde. Ferner bemüht sich auch die Käse-Union seit längerer Zeit um einen Abschluß mit Rußland, wobei dem Vertragspartner das Recht eingeräumt werden soll zur Ausfuhr von Kohle, Benzin, Gasöl und Teppichen bis zu dem 2,3- bis 2,4fachen Werte des abgenommenen schweizerischen Käse, der letztlich aus dem Erlös des russischen Exportes zu bezahlen ist. Bei diesen Verhandlungen kam es erstmals zu einer direkten Fühlungnahme eines eidgenössischen Vertreters mit den Russen, indem anfangs Januar Direktor Stucki vom Volkswirtschaftsdepartement ermächtigt wurde, die Verhandlungen der Käse-Union mit der russischen Handelsvertretung in Berlin zu führen. Die Krönung dieser ganzen Entwicklung bildet jedoch die kürzlich erfolgte Mitteilung, daß der Bundesrat zur Förderung des schweizerischen Rußlandgeschäftes eine Vorlage betreffend Übernahme einer Staatsgarantie für 20 Millionen Franken Sowjetwechsel vorbereitete.

Bund, Kantone und Gemeinden bemühen sich heute um das Russengeschäft. Die bisherige Zurückhaltung ist gefallen und zwar aus einem Grunde, den die Befürworter der bisherigen Abgeschlossenheit gegenüber Rußland wohl nie ernsthaft in Betracht gezogen haben: die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland erfolgte nicht, weil dort eine Wandlung im System eingetreten wäre, noch weil die Russen uns besonders entgegengekommen sind, sondern weil wir den russischen Markt auf die Dauer nicht länger entbehren können. Ein klägliches Ende einer Haltung, die im wesentlichen keine politische, sondern eine sentimentale war.

Es ist klar, daß die Verweigerung der rechtlichen Anerkennung Sowjetrußlands durch die Schweiz wenig Sinn mehr hat, wenn der Bund sich einmal entschließt, eine Bürgschaft für Russenwechsel, d. h. für russische Staatsschulden zu



übernehmen. Darin liegt eine tatsächliche Anerkennung Sowietrußlands durch unsere politischen Behörden, denn Staat und Wirtschaft sind in Sowietrußland eins, und vor allem der russische Außenhandel ist durch die Soviets vollständig monopolisiert und staatlichen Organen übertragen worden. Angesichts einer politischen Entscheidung von solcher Tragweite gilt es daher nochmals die Frage zu prüfen, ob das Russengeschäft neben dem ökonomischen Risiko nicht schwere politische Gefahren mit sich bringe?

Zwei Gesichtspunkte sind da zu beachten. Im Vordergrund steht für die Schweiz wohl eine innenpolitische Überlegung: Führt die Anerkennung Sowietrußlands nicht zu einer Stärkung der kommunistischen Bewegung in der Schweiz? Das wird ganz von uns abhängen. Mussolini hat der Welt gezeigt, daß ein innerlich gefestigter Staat von Beziehungen zu Sowietrußland nichts zu fürchten braucht. Die bisherige schweizerische Taktik gegenüber den Kommunisten dagegen entsprach innerer Schwäche. An zweiter Stelle steht für uns eine außenpolitische Frage, die jeder Staat, dessen Wirtschaft die Russen beliefert, zu beantworten hat: Dienen die Lieferungen Europas an Rußland nicht dem Aufbau eines Produktionsapparates, der nach den Absichten der russischen Machthaber einst dazu dienen soll, Europa zu zerschlagen? Sollen wir unser eigenes Grab schaufeln? Wir müssen diese Gefahr auf uns nehmen. Sie droht Europa nicht nur von Rußland, sondern auch von andern Mächten. Wollte man die Beziehungen mit jedermann abbrechen, der möglicherweise einmal unser Gegner sein wird, so müßte jeder internationale Handel verschwinden. Hier gibt es nur eines: die zwischenstaatlichen Beziehungen dem eigenen Volke nutzbar machen, solange es irgendwie angeht und im übrigen wehrhaft und wachsam sein! Eine internationale Einheitsfront der privatkapitalistischen Länder gegen das sogenannte kommunistische, in Wahrheit aber staatskapitalistisch-imperialistische Rußland, wird ohnehin nie zustande kommen und vor allem von der Schweiz aus nicht gebildet werden können.

Wir begrüßen daher die Wandlung in unserem politischen Verhältnis zu Sowietrußland. Bedenklich erscheint uns lediglich, daß sie nicht das Werk jener ist, die mit der außenpolitischen Führung unseres Vaterlandes betraut sind. Der Anstoß zum Kurswechsel ging von der Wirtschaft aus. Gemeinde- und Kantonsbehörden haben die Idee aufgegriffen, ehe die Bundesbehörden endgültig Stellung bezogen haben. Es erhellt dies Beispiel klarer als andere die enge Versflochtenheit von Politik und Wirtschaft und die Notwendigkeit einer nationalen Organisation unserer Wirtschaft, wie sie in dieser Zeitschrift zur besseren Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Existenz unseres Volkes schon wiederholt gefordert wurde.

\* \* \*

Kurz vor Jahresluß ist das Lausanner Anleihe-Protokoll betreffend die Gewährung einer neuen internationalen Anleihe an Osterreich von den beteiligten Mächten ratifiziert worden und in Kraft getreten. Obwohl die Schweiz nicht zu den Mitunterzeichnern des Protokolles gehört, wird sie sich nun in Bälde darüber schlüssig machen müssen, ob sie die ihr zugedachte Beteiligung von 12 Millionen an dem Anleihen übernehmen will. Da im August-September-Heft des laufenden Jahrganges Hans Dehler und Ernst Wolfer bereits eingehend über die politische Bedeutung des Anleiheprojektes berichtet haben, mag hier eine knappe Zusammenfassung seiner Grundzüge und der seither neu bekannt gewordenen Umstände genügen.

Der Anleihebetrag beläuft sich auf 300 Mill. Schilling. Davon dienen zweimal 100 Mill. zur Rückzahlung fälliger Kredite an die Bank von England und die Bank für internationale Zahlungen. Eine beträchtliche Summe verschlingt sodann die außerordentlich hohe Gewinnmarge der Emissionsbanken, die bei dem in Frankreich zu plazierenden Teil der Anleihe nach den Angaben des Berichterstatters in der französischen Kammer, Lamoureaux, voraussichtlich 16 % betragen wird. Der

Rest des Anleihebetrages findet Verwendung für die Sicherstellung des Zinsendienstes der sog. „Völkerbundsanleihe für Österreich von 1923“ während ungefähr zwei Jahren. Für die laufenden Bedürfnisse Österreichs verbleibt nach dieser Rechnung wenig oder gar nichts.

Die Interessen der Gläubigerländer an der neuen Anleihe sind recht verschiedener Art. Für England handelt es sich zur Hauptsache um die Umwandlung eines eingefrorenen Kredites von 100 Mill. Schilling in eine langfristige und besser sichergestellte Schuld. Ferner sind Frankreich, England und Italien als Garanten der erwähnten „Völkerbundsanleihe“ von 1923 am Zustandekommen des neuen Anleiheprojektes interessiert, da sie sonst Gefahr laufen würden, für den Zins- und Tilgungsdienst an Österreichs Stelle eintreten zu müssen und zwar Frankreich und England mit je 24½%, Italien mit 20½% und Belgien mit 2%. Außerdem haften für die Anleihe von 1923 noch die Tschechoslowakei mit 24½%, Schweden mit 2% und Dänemark und Holland mit je 1%. Die schweizerische Eidgenossenschaft hat somit kein fiskalisches Interesse an dem neuen Anleiheprojekt, es wäre denn, sie fürchte für ihre Beteiligung bei der Bank für internationale Zahlungen, falls der von diesem Institute an Österreich gewährte Vorschuß von 100 Mill. Schilling nicht zurückerstattet würde. Ebenso droht den in der Schweiz ansässigen Zeichnern der Anleihe von 1923 kein Verlust. Von den damals ausgegebenen 25 Millionen Franken Obligationen sind ca. 8 Mill. bereits zurückbezahlt und der Rest ist durch die oben erwähnten Garanten sichergestellt.

Da ein finanzielles Interesse der Schweiz an dem neuen Anleihen fehlt, suchte man uns die Beteiligung als einen notwendigen Akt internationaler Solidarität und freundnachbarlicher Hilfe hinzustellen. Dies dürfte nach den eben stattgehabten französischen Senats- und Kammerdebatten über das neue Anleiheprojekt kaum mehr möglich sein. Die französische Regierung war im Parlamente auf den Widerstand der Sparer gestoßen, die keine Lust hatten, verlorenem Gelde weiteres nachzuwerfen. Die Regierung mußte Farbe bekennen, um ihre Vorlage zu verteidigen. Sie scheute auch den letzten Einfaß, die Vertrauensfrage, nicht. Da das Lausanner Anleiheprotokoll bereits im Sommer 1932 durch Österreich mit einem Zufallsmehr von 81 annehmenden gegenüber 80 verwerfenden Stimmen genehmigt worden war und da die Ratifikationen der übrigen Gläubigermächte ebenfalls schon vorlagen — die Schweiz ist am Protokoll, wie schon gesagt, nicht beteiligt, sondern lediglich „Milchkuh“ — hatte Frankreich von einer Enthüllung seiner politischen Interessen in dieser Frage nichts mehr zu fürchten. Es wurde offen zugegeben, daß es sich für Frankreich vor allem darum handle, die österreichische Politik für weitere 20 Jahre der französischen Kontrolle zu unterwerfen, indem Österreich sich im Lausanner Anleiheprotokoll von 1932 zur „Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit und zum Verzicht auf alle wirtschaftlichen und finanziellen Bindungen, die seine Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten, verpflichtet“. Paul-Boncour erinnerte die Kammer daran, daß Frankreich den Prozeß im Haag betreffend die deutsch-österreichische Zollunion nicht auf Grund der Friedensverträge von St. Germain, sondern mit dem Anleiheprotokoll von 1922 gewonnen habe, das die Grundlage für die erwähnte „Völkerbundsanleihe“ von 1923 bildete. Da jene Garantie im Jahre 1943 dahinfalle, gelte es die Gelegenheit auszunützen, um die Anschlußgefahr schon heute auf weitere 20 Jahre zu bannen. „Soll Österreich wieder eine Provinz Großdeutschlands werden?“, frug Herriot die Kammer, die darauf begriff, was für Frankreich auf dem Spiele stand und die Regierungsvorlage genehmigte. Selten ist der französische Machtsstandpunkt so offen zugestanden und selten ist es für jedermann so sichtbar geworden, was man in Frankreich unter „Völkerbundspolitik und den Interessen des Friedens und der Einigung Europas“ versteht; Worte, die auch diesmal wieder gebraucht wurden, um die eigene Stellungnahme zu maskieren.

Den französischen Parlamentsverhandlungen folgte in der Schweiz eine offensichtliche Ernüchterung. Selbst die „Neue Zürcher Zeitung“ anerkannte, daß die Schweiz an dem Anleihsprojekte „keine politischen Interessen habe, wie sie zum Beispiel Frankreichs Haltung bestimmen“ (Nr. 30 vom 6. Januar 1933). Man sucht den Rückzug unter Hinweis auf die gespannte Finanzlage des Bundes und meint, „daß angesichts des unausgeglichenen schweizerischen Budget eine Ablehnung des Lausanner Anleihe-Protokolles sich fast aufdränge“. Das ist in einem Augenblicke, da unter dem Drucke der Krise allen Volksgenossen erhebliche Opfer zugemutet werden, wohl selbstverständlich. Leider fand man aber bei der „N. Z. Z.“ bis heute den Mut nicht, die Konsequenzen aus den französischen Regierungserklärungen zu ziehen und festzustellen, daß es niemals Sache der Schweiz sein kann, Frankreich oder irgend einem andern Staate durch finanzielle Beteiligungen politische Handlungsdienste zu leisten. Solches widerspräche unserer bisherigen Neutralitätspolitik. Die Schweiz hat bei einer Beteiligung an diesem Anleihsprojekte mehr als Geld zu verlieren. Ihre politische Unparteilichkeit und Unabhängigkeit steht auf dem Spiel.

Wenn die Schweiz aus freundschaftlichen Gefühlen und wirtschaftlichen Überlegungen etwas für Österreich tun will, so braucht sie sich nicht vor den Parren anderer spannen zu lassen, um ihre politischen Projekte zu finanzieren und eingefrorene Kredite der Großmächte mit guten Schweizerfranken aufzutauen. Österreich würde unser Geld auch ohne das Lausanner Protokoll nehmen und die Schweiz würde in den Fragen des Clearing- und Stickerieverkehrs dann wohl eher befriedigende Zugeständnisse erhalten. Zudem würde ein solcher Abschluß uns in Österreich mehr Freunde werben, als die Teilnahme an einer internationalen Hilfsaktion, mit der sich ein Großteil des österreichischen Volkes trotz Druck und Not nicht einverstanden erklärt.

Noch ist die Entscheidung des Bundesrates nicht gefallen und auch noch nicht bekannt geworden, in welcher Form eine allfällige Beteiligung der Schweiz an dem Anleihen geplant wird: ob man an ein direktes Darlehen der Eidgenossenschaft an Österreich oder an die Auflage eines Anleihs mit oder ohne Bundesgarantie denkt. Nach früheren Verlautbarungen kommt wohl nur ein direktes Bundesdarlehen in Frage. Wir hoffen jedoch zuversichtlich, daß Regierung und Parlament die Kraft finden werden, jegliche Beteiligung an der vorgesehenen Anleihe abzulehnen. Wir harren der Entscheidung.

Zürich, den 30. Januar 1933.

Robert Tobler.

## Zur politischen Lage.

### „Bonapartismus“ in Deutschland. / Französische Sorgen. / Der ostasiatische Brandherd.

In ihrer merkwürdig zuversichtlich gehaltenen Jahresrundschau, bei der wohl der Wunsch der Vater des Gedankens war, schrieb die „Frankfurter Zeitung“ über die politische Lage in Deutschland: „Der Wendepunkt ist da. Neue Möglichkeiten scheinen in reicher Fülle vor uns zu liegen. Es wird nicht so sein, daß wir einfach die Hände danach auszustrecken brauchten, um sie zu greifen, wir werden hart arbeiten und mit allen Kräften darum ringen müssen, wir werden nur Schritt für Schritt voran kommen, das neue Jahr wird nur eine Etappe sein, — aber eine Etappe bereits jenseits des Wendepunktes. Der Umschwung, der sich im abgelaufenen Jahr vorbereitet hat, ist tiefgreifend und vor allem: er erstreckt sich auf alle dafür wesentlichen Gebiete.“ Dem außenstehenden Beobachter erscheint die innerpolitische Lage in Deutschland noch durchaus unabgeklärt. Täg-



lich, stündlich tauchen neue Möglichkeiten und neue Gefahren auf, und bisweilen hat es den Anschein, als ob nur noch ganz wenige Personen um das Schicksal des Landes würfeln. Die Parteien sind, wie Prof. Hoersch in der „N. Z. Z.“ schrieb, nicht am Ende, aber in völliger Umbildung begriffen. Regiert wird von Tag zu Tag, ohne großes Programm und ohne daß die Pläne für den notwendigen Staatsumbau schon feste Gestalt angenommen hätten. Trotz äußerlicher Einhaltung der Formen der Weimarer Verfassung ist der politische Zustand, in dem sich Deutschland gegenwärtig befindet, durchaus revolutionär. Fest steht lediglich, daß das Volk unfähig ist, sich auf dem Wege über das Parlament selbst zu regieren. Alles andere ist ungewiß. Schleicher steht auf des Messers Schneide. Er gleicht — um das Bild Trotzki's für die politische Situation des „Bonapartismus“ zu gebrauchen — dem Kork, in den zwei Gabeln gesteckt sind und der sich selbst auf einem Stecknadelkopf halten kann. Der Reichskanzler stützt sich auf den Apparat, der sich aus Bürokratie, Polizei und Reichswehr zusammensetzt. Allein das genügt auf die Dauer nicht. Die haßbrecherische Lage schreitet nach einer Untermauerung.

Es wurde kürzlich an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Schleicher die Gewerkschaften in einer neuen Weise in das politische Geschehen hineingezogen habe. Schleicher unterscheidet sich darin wesentlich von seinem Vorgänger, daß er von Anfang seiner Regentschaft an versuchte, wenigstens bei einem Teil der Arbeiterschaft Unterstützung zu finden. Er vermied alles, was ihn in den Ruf eines Reaktionärs hätte bringen können, mit dem behaftet Papen von der politischen Bühne abtreten mußte. Der Kanzler streckte Fühler zur Sozialdemokratie aus, er besprach sich mit dem ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten Braun. Was aber viel wichtiger ist: er suchte mit den Gewerkschaften zu einer Einigung zu gelangen. In den Gewerkschaften gab es von jeher eine starke Strömung, welche sich gegen die Bevormundung durch die marxistische Sozialdemokratie zur Wehr setzte und für eine sozialistische Politik innerhalb des nationalen Rahmens eintrat. Diese Richtung ist in letzter Zeit wieder stärker in Erscheinung getreten. In einer bedeutungsvollen Rede, die er im Herbst des vergangenen Jahres hielt, lehnte Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Gleichstellung des nationalen Gedankens mit dem Kapitalismus ab. Er sprach davon, daß die Gewerkschaften „unabhängig von den Parteien neue Wege der Wirtschaftspolitik einschlagen“ müßten. „Wir führen,“ so erklärte er weiter in einer Proklamation, die nicht nur an die Arbeiterklasse, sondern an das ganze Volk gerichtet war, „unsere sozialen Kampf der Verfassung gemäß mit politischen Parteien. Wir führen ihn vor allem mit der Sozialdemokratischen Partei, die sich bisher am meisten bemüht hat, unsere Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung zu verwirklichen. Unsere Bestrebungen gehen jedoch über jede enge Parteigebundenheit hinaus. Wir sind zu sehr auf das Ganze gerichtet, um Parteifesseln zu tragen.“ Man darf wohl in der Erklärung Leiparts und in der Politik der Gewerkschaften einen ersten Anstoß zu deren Einbau in einen ständisch gegliederten Staat erblicken.

Interessant sind in diesem Zusammenhang Erklärungen, die der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald in Köln abgab. Stegerwald unterstrich zunächst die Bedeutung der Festigung des Staates für die Arbeiterschaft. Die größte Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft sei heute der Kommunismus. Im weiteren erklärte er, daß er als Arbeitsminister daran gedacht habe, einen Schritt zur Verwirklichung der berufsständischen Ordnung dadurch zu tun, daß die Sozialversicherungen den Beteiligten in Selbstverwaltung gegeben und die Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften erweitert würden. Diese Pläne seien jedoch am Widerstand der Sozialdemokratie gescheitert. Es liegt, nach derartigen Äußerungen maßgeblicher Persönlichkeiten zu schließen, immer noch im Bereich



der Möglichkeit, daß unter der sorgfältigen Hand Schleichers die von vielen bereits deutlich gesehene Gewerkschaftsfront ersteht, welche die „Standwerdung der Arbeitnehmer“ und den Einbau dieses Standes in den Staat vorbereiten würde.

Die Bemühungen um dieses äußerst wichtige Problem, von dessen praktischer Lösung nichts weniger als der Bestand des Staates abhängt, wurden auch von anderer Seite aufgenommen. Bekanntlich gibt es in der nationalsozialistischen Partei eine ausgesprochen sozialistische Strömung, deren Exponent Gregor Straßer ist. Straßer verkündete im vergangenen Jahr bei mehreren Gelegenheiten die Bereitwilligkeit des Nationalsozialismus zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Diese Tendenz stieß jedoch auf Widerspruch innerhalb der Partei, was schließlich zum Zerwürfnis Straßers mit Hitler führte. Die Spannung fand ihren plastischen Ausdruck in zwei Unterredungen, die in den Januar dieses Jahres fielen. Hitler traf sich mit seinem bisherigen Gegner von Papen, während Straßer von Schleicher und Hindenburg empfangen wurde. Es paßte durchaus in die Politik des „sozialen Generals“, wie der Reichskanzler bisweilen genannt wird, daß er mit dem Vertreter der Arbeiter- und Gewerkschaftsrichtung im Nationalsozialismus in Fühlung trat. Bei allen diesen Versuchen handelt es sich darum, die Arbeiterschaft auf anderem als marxistisch-revolutionärem Wege wieder an den Staat heranzuführen, um so den drohenden gewaltsamen Umsturz zu vermeiden.

Nicht nur von Seiten der Arbeiterschaft, sondern auch von Seiten des Bauernstandes her droht die Revolution. Vor einigen Wochen kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Landbund und der Reichsregierung. Die Not des Bauernstandes wächst. Unheimlich vergrößert sich die Zahl der Fälle, in denen der Bauer der Pfändung und Zwangsversteigerung seines Heimwesens zusehen muß. Für den Grad, den die Erregung bereits erreicht hat, spricht die Resolution, die kürzlich an einer großen Versammlung des schlesischen Landbundes gefaßt wurde und in der es heißt: „Unser Vertrauen ist zerstört, unsere Geduld zu Ende, die Verzweiflung ist da. Drohungen des Reichskanzlers wirken nicht mehr. Wir fordern den sofortigen Schritt von der Ratlosigkeit zur Tat...“ Stellt man den Forderungen der Bauern die Interessen der Industrie, insbesondere der Exportindustrie gegenüber, so lassen sich die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen heute jede deutsche Regierung zu kämpfen hat, ermessen. Noch immer löste die Not revolutionäre Gewalttaten aus. Wenn man bedenkt, daß das deutsche Durchschnittseinkommen nach einer Berechnung des „B. B.“ seit 1913 um rund ein Drittel gesunken ist, so darf man sich füglich wundern, daß bis zur Stunde noch keine größeren Unruhen ausgebrochen sind. Immerhin bilden die 100 Mandate, welche die Kommunisten bei den Reichstagswahlen vom 6. November eroberten, einen Gradmesser für die Stimmung, die im Volke herrscht. Es wird viel davon abhängen, ob der Reichskanzler bei einer allfälligen Umbildung der Regierung sich mit Persönlichkeiten zu umgeben weiß, die das Vertrauen großer Volksschichten genießen. Autoritär kann auf die Dauer schließlich nur regiert werden, wenn die Regierung direkt vom Vertrauen der großen Masse getragen wird.

\* \* \*

In Frankreich bereitet die stark zerfahrene Finanzlage des Staates dem Ministerium Paul-Boncour Schwierigkeiten. Die Nervosität wächst. Drohend türmt sich ein Defizit von zehn Milliarden am politischen Horizonte auf, das nur durch einschneidende Maßnahmen gedeckt werden kann. Die notwendigen Beschlüsse können jedoch wegen der unsicheren Grundlage, auf welcher die Regierung steht, nur unter äußersten Schwierigkeiten gefaßt werden.

Paul-Boncour war während längerer Zeit Mitglied der sozialistischen Partei. 1931 trat er aus derselben aus, ohne aber die Beziehungen zu ihr abzubrechen. Als seine Kandidatur als Ministerpräsident aufstachelte, forderte er den Sozialistenführer Léon Blum zum Eintritt in die Regierung auf. Die Sozialisten hatten je-

doch für den Fall der Regierungsbeteiligung ein Minimalprogramm aufgestellt, das u. a. die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Versicherungsgesellschaften, der Kohlengruben und die Kontrolle der Banken enthielt. Auf diese Forderungen konnte Paul-Boncour sich nicht einlassen, wenn er nicht einen Teil der radikalen Gefolgschaft verlieren wollte. Die Sozialisten blieben der Regierung fern und bilden nun lediglich von Fall zu Fall zusammen mit den Radikalen die Mehrheit. Diese Situation bedeutet natürlich eine Einengung der Handlungsfähigkeit der Regierung.

Das wichtigste politische Ereignis, an dem die Regierung Paul-Boncour bis heute beteiligt war, war die Ratifikation der österreichischen Anleihe durch das Parlament. Obwohl die Anleihe mit ihrer politischen Bindung Österreichs im Sinne der überlieferten französischen Donaupolitik liegt, regte sich in der Kammer doch ein so starker Widerstand dagegen, daß die Regierung durch Stellung der Vertrauensfrage eine Ministerkrise an die Wand malen mußte, um die zur Genehmigung notwendige Mehrheit zu erhalten. Der Grund dieser kritischen Einstellung des Parlaments einem Projekte gegenüber, das offensichtlich den politischen Interessen des Landes entsprach, lag darin, daß von vielen das für Österreich hingeebene Geld als verloren angesehen wurde. Mancher Abgeordnete wird sich im Stillen gesagt haben, daß auf die Dauer der österreichische Staat in seiner heutigen Form doch nicht lebensfähig ist und daß nicht nur Lächer gestopft, sondern großzügigere Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn der ganze Fragenkomplex einer vernünftigen Lösung entgegengeführt werden soll.

Von dieser Erkenntnis bis zum Eingeständnis der Revisionsbedürftigkeit der Friedensverträge von 1919 ist nur noch ein kleiner Schritt. Es hat in der Tat den Anschein, daß in Frankreich das Gefühl dafür wächst, daß im Jahre 1933 die Frage der Revision offiziell angeschnitten werden muß. Vorläufig wird der Gedanke allerdings noch als beklemmend empfunden. Allein die wachsende Einsicht, daß die verkrampfte Lage Gesamteuropas nur durch eine vernünftige Liquidation unhaltbar gewordener Zustände gelöst werden kann, scheint auch in Frankreich an Boden zu gewinnen. Allerdings werden noch gewaltige Widerstände überwunden werden müssen. Aber die Macht der Verhältnisse wird schließlich über das starre Festhalten am Buchstaben eines Vertrages den Sieg davontragen.

Das angebrochene Jahr wird im übrigen — ganz abgesehen von der Revisionsfrage — eine erhöhte außenpolitische Aktivität der europäischen Großmächte bringen. Nachdem die Beziehungen Frankreichs zu den Vereinigten Staaten nach Ablehnung der französischen Schuldzahlung eine starke Abkühlung erfahren haben, gewinnt die Haltung Englands an Bedeutung. Wird es zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England kommen, oder wird eine Annäherung zwischen Deutschland und England stattfinden? In Deutschland sind zwei hauptsächliche außenpolitische Strömungen vorhanden, von denen die eine einen Anschluß an England, die andere eine Anlehnung an Rußland befürwortet. Angesichts des englisch-russischen Gegensatzes sind die beiden Strömungen nur schwer miteinander zu vereinbaren. Da sich mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und Rußland eine Verständigung dieser beiden Länder anzubahnen scheint und andererseits der deutsch-französische Gegensatz beinahe wie eine Naturgegebenheit hingenommen werden muß, liegt die Vermutung nahe, daß inskünftig die deutsche Außenpolitik sich mehr nach London orientiert. In diesem Fall würde Frankreich anderswo Anschluß suchen. Zweifellos bildet in dieser Beziehung die seit einiger Zeit bewußt betriebene Wiederannäherung an Italien einen gewissen Fingerzeig.

\* \* \*

Im fernen Osten glimmt der durch den chinesisch-japanischen Konflikt geschaffene Brandherd wieder bedrohlich auf. Während der Völkerbund sich immer noch um eine Vermittlung zu bemühen scheint, marschieren die japanischen Truppen

schon längt auf die chinesische Mauer zu. Der neueste Vorstoß der Japaner gilt der Provinz Jehol. Es ist gänzlich zwecklos, sich heute noch einer Täuschung hinzugeben und in dem unverhüllt zu Tage tretenden imperialistischen Machtstreben Japans eine harmlose Aktion erblicken zu wollen. Was sich auf dem ostasiatischen Festland abspielt, ist die planmäßig und zielbewußt durchgeführte Expansion Japans, die durch keine Proteste vom grünen Tisch aus mehr aufzuhalten ist.

Das Versagen des Völkerbundes ist nicht zufällig. Diejenigen Mächte, die ihn beherrschen, haben ein Interesse daran, mit Japan nicht in Konflikt zu geraten. Frankreich und England bewahren im chinesisch-japanischen Streit deshalb eine — allerdings verhüllte — Neutralität, weil ihr Kolonialbesitz im Osten ihnen diese Haltung Japan gegenüber als ratsam erscheinen läßt. In der französischen Kammer sprach kürzlich ein Abgeordneter von Japan als dem Gendarm des Friedens im fernen Osten. Ist dieses Wort der Ausdruck jener Strömung, die in Japan immer noch eine mögliche und zukünftige Aktionsbasis gegen den Bolschewismus erblickt? Oder spielt hier das Verhältnis zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten hinein? Vergessen wir nicht, daß der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Japan unmerklich, aber stetig wächst! Unter diesem Gesichtspunkt ist die neutrale Haltung Frankreichs gegenüber Japan ebensowenig ein Zufall, wie die fortschreitende Annäherung Amerikas an Rußland und der kürzlich erfolgte Abbruch der Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Japan. Die großen Gegensatzpaare am Pazifischen Ozean sind Amerika-Japan und Rußland-Japan. Zwangsläufig führt die Entwicklung die Gegner Japans einander an die Seite. Daneben aber besteht heute ein ausgesprochener Gegensatz zwischen Frankreich — teilweise auch England — und den Vereinigten Staaten. Diese Tatsache führt folgerichtig zu einer Annäherung der beiden europäischen Schuldnerstaaten an Japan. Das sind die großen Linien, die gegenwärtig in der Weltpolitik erkennbar sind. Wenn man sich den Blick dafür frei macht, wird manches von dem verständlich, was in den Augen des Völkerbundschwärmers unbegreiflich erscheinen muß. Es geht in der Politik letzten Endes eben doch immer um die Macht.

Schaffhausen, 25. Januar 1933.

Rolf Henne.